

Der Privatuni-Boom: Was steckt dahinter?

22 staatliche Unis vs. 13 private: In Österreich werden immer mehr Privatunis akkreditiert, immer mehr Studierende entscheiden sich für ein Studium abseits der staatlichen Einrichtungen. Wer die Privaten sind, was ein Studium kostet und was es taugt. **VON MAGDALENA VACHOVA**

» Am österreichischen Hochschulsektor passiert gerade viel. Zusätzlich zu den 22 staatlichen Unis und 21 Fachhochschulen werden nach und nach neue Privatunis akkreditiert. Mittlerweile zählt man 13 Anbieter privater Bachelor-, Master- und Diplomstudien. Kürzlich erst wurde das Jam Music Lab im Wiener Gasometer als Privatuni akkreditiert, vor wenigen Tagen wurde auch bekannt, dass die Privatuni Schloss Seeburg in Seekirchen einen zweiten Standort in Wien aufsperrt.

Die Nachfrage nach Privatunis ist weltweit groß. Allein in Europa besuchen mittlerweile sieben Prozent aller Studierenden eine private Universität. In den vergangenen fünf Jahren waren sie es, die am heimischen Hochschulsektor am stärksten gewachsen sind. Derzeit studieren 10.200 Menschen (2,8 Prozent aller Studis im Land) in insgesamt 150 Studiengängen an Privatuniversitäten. Die Privaten spezialisieren sich vor allem auf Nischen-Studiengänge in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, der Medizin, Musik und Kunst. Wer sich die Studiengebühren leistet (siehe Grafik rechts), kann hier unter besseren Studienbedingungen und mit einer größeren Praxisnähe als an staatlichen Unis zum Abschluss kommen – so die Argumente der Privaten.

Was ist das für ein Bildungsmarkt, der sich parallel zu den staatlichen Unis und FH in Österreich seit 1999 etabliert hat? „Es ist schwierig zu sagen, was der gemeinsame Nenner von Privatuniversitäten ist, der Markt ist sehr heterogen“, sagt der Chef der Österreichischen Privatuniversitätenkonferenz (ÖPUK), Karl Wöber, im KURIER-Gespräch. „Sie definieren sich vor allem durch die Nische, durch das, was an den staatlichen Unis weniger angeboten wird.“ **Das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw) untersuchte** im Auftrag der ÖPUK, der WKÖ und der IV jetzt erstmals den Status quo der heimischen Privatunis.

Die Ergebnisse überraschen. Etwa, weil sie der bisher geläufigen Meinung, Privatuniversitäten seien einem elitären Bereich vorbehalten, widersprechen. Beim Blick auf den sozialen Hintergrund der Studierenden mit österreichischen Eltern zeigt sich nämlich: 14 Prozent kommen aus einer „niedrigen Schicht“, 28 Prozent aus einer

„mittleren“. Im Vergleich dazu studieren an den staatlichen Universitäten 16 Prozent aus einer niedrigen Schicht und an den FH 21 Prozent, auch in der mittleren Schicht ist man ähnlich aufgestellt.

Klarerweise zahlen Studierende für ihre private Ausbildung. Nicht überall muss man dafür gar so tief in die Tasche greifen. An der Anton Bruckner Privatuni etwa zahlt man als ordentlicher Studierender 300 Euro pro Bachelor-Semester – um 60 Euro weniger, als an den meisten FH. Im Schnitt bezahlt man pro Bachelor-Semester an einer Privatuni aber 4265 Euro. Richtig teuer wird es, will man in den medizinischen Bereich. Spitzenreiter hier ist die Danube Privat University in Krems. Die Studiengebühren des Diplomstudiums Zahnmedizin zum Dr. med. dent. betragen 13.000 Euro pro Semester. In den sechs Studienjahren zahlt man hier 156.000 Euro.

Am Arbeitsmarkt kommen die Privatuni-Absolventen gut an, im Schnitt finden jene mit Bachelor schon 2,8 Monate nach ihrem Abschluss einen Job – so schnell, wie keine anderen hierzulande. Die Industrie und der öffentliche Bereich sind

Hauptabnehmer der Abgänger, die Industriellenvereinigung wünscht sich jetzt sogar einen Ausbau der MINT- und Digitalisierungsfächer an den Privatunis, um mit diesen Absolventen dem Fachkräftemangel vorzubeugen. Noch relevanter wird die Frage nach der Qualität der Abschlüsse wohl in der Medizin. „Die Abschlüsse der privaten Universitäten und der staatlichen sind ohne Weiteres vergleichbar“, sagt Ärzte-Recruiterin Kerstin Roubin, Managin Partner bei Boyden Austria. „Dem Arbeitgeber ist vor allem wichtig, dass der Absolvent Praktika gemacht hat und im Ausland war.“ Kommt man von einer Privatuni, zeuge das grundsätzlich von hoher Motivation und hohem Ehrgeiz.

Während sich die ÖPUK über das boomende Angebot freut, ist die UNIKO, die Österreichische Universitätenkonferenz, weniger enthusiastisch. In ihrem aktuellem Positionspapier fordert sie schärfere Gesetze bei der Akkreditierung und Finanzierung (siehe links). Auch der Wissenschaftsrat äußerte sich in der Vergangenheit zu einer Qualitäts-Intransparenz, man bemängelte auch die für eine Universität notwendige Forschungsintensität. Diese hat man sich in der ibw-Studie extra angesehen. Es zeigt sich: In den Ausgaben für Forschung nähert man sich langsam an öffentliche Unis an. „Bei der Grundlagenforschung hinken wir etwas hinterher, weil die Privatunis schlicht jünger sind und der Entwicklungsstand ein anderer ist“, kommentierte ÖPUK-Chef Wöber.

Auf das Modell der Privatunis ist man in Österreich aber stolz, „sie sind integraler Bestandteil unseres Bildungssystems“, sagte Belinda Hödl, WKÖ-Referentin für Hochschulpolitik, bei der Studienpräsentation. Was es nun allerdings bräuchte, sei ein Plan für den Hochschulsektor. Man müsse erarbeiten, „welcher Hochschultyp macht wo was? Die Hochschultypen müssen stärker differenziert sein. Die Gestaltung dieses Sektors darf uns nicht einfach passieren“, so Hödl. Das sei im Moment aber der Fall. Sie appelliert ans Wissenschaftsministerium, hier einen „Masterplan“ aufzusetzen. Den Privatuni-Boom soll es jedenfalls nicht aufhalten. ÖPUK-Chef Wöber: „Bis 2020 wollen wir 15.000 Studierende haben.“ ■

Positionspapier der Unis

6 Punkte. Die UNIKO fordert strengere Regeln

Die Österreichische Universitätenkonferenz hat in ihrem neuen Positionspapier zu Privatunis sechs Vorschläge erarbeitet. Mit diesen soll ihr Standing einheitlicher und transparenter werden. Unter anderem fordert sie eine Mindestanzahl an hauptberuflich, aktiv wissenschaftlich oder künstlerisch tätigen Lehrenden und einen Nachweis an international sichtbarer Forschungsleistungen – erst dann könne sich die Einrichtung auch „Privatuniversität“ nennen, davor solle lediglich der Name „private Hochschule“ verwendet werden dürfen. Änderungen fordert sie auch bei der Finanzierung: Aktuell darf der Bund keine Mittel zuschießen, die Länder und Gemeinden aber schon. Das soll geändert werden, Privatunis sollen künftig zur Gänze auch privat finanziert werden.